

Wirtschaftsdienst



Kriegswirtschaftliche Berichte über das Ausland

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 12. Fernspr. Gr. I, 2447—51

Nr. 24	Hamburg, den 15. Juni	1917
--------	-----------------------	------

Inhalt

Chronik der Kriegsfinauzen	Seite 373	Verschiedenes:	
Die wirtschaftliche Lage Abessinien's	" 376	Über die wirtschaftliche Lage in Agypten	Seite 387
Behandlung der Deutschen in China	" 378	Norwegische Handels-Expansionspläne	" 388
Die Krise in China	" 381	Nationalisierung der Naturschätze und Wasser- kräfte in Norwegen	" 388
Vermischtes:		Großes Elektrizitätsunternehmen in Rußland	" 388
Großbritanniens Außenhandel	" 386	Internationale Wechselkurse	" 388
Aus dem kanadischen Wirtschaftsleben	" 387		

(Nachdruck nur mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

Chronik der Kriegsfinauzen

Auch die neueren Meldungen aus den Vereinigten Staaten bestätigen, daß die „Freiheitsanleihe“ vom Publikum nicht gezeichnet wird. Der Staatssekretär des Schatzamts gibt den Mißerfolg zu, an dem die Bildung eines Propaganda-Ausschusses von Banken und Bankhäusern vermutlich nicht viel ändern wird. Man ist sich darüber klar, daß die Banken den größten Teil der Anleihe selber übernehmen müssen, und erwägt bereits die Erhöhung des Zinsfußes bei der nächsten Emission. Es scheint, daß Nordamerika sich verpflichtet fühlt, alle Kinderkrankheiten der englischen Kriegsfinauz zu wiederholen.

Seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg sind nach einer Aufstellung des Londoner Statist folgende Darlehen an die Verbündeten gewährt worden:

England	325 Mill. \$
Frankreich	100 " "
Italien	100 " "
Rußland	100 " "
Belgien	45 " "

Summe..... 670 Mill. \$

Anfang Juni ist der englischen Regierung ein weiterer Kredit von 75 Mill. \$, der serbischen Regierung ein Kredit von 3 Mill. \$ bewilligt.

Die Information gibt die Käufe der Verbündeten in den Vereinigten Staaten seit Januar 1917 mit 1 125 Mill. \$ an. Die gesamte Ausfuhr in den 12 Monaten, die mit Ende April 1917 abschließen, wird mit 6 Milliarden \$ angegeben, gegen 4 und 2,5 Milliarden in den 12 gleichen Monaten der Vorjahre.

Die gesamten Auslands-Darlehen, die von den Vereinigten Staaten während des Krieges gewährt worden sind, wurden im April von der National City Co. wie folgt angegeben:

Großbritannien	1 131 400 000 \$
Frankreich	736 700 000 "
Rußland	148 500 000 "
Italien	25 000 000 "
Deutschland	20 000 000 "
Kanada	334 999 878 "
Neufundland	5 000 000 "
Lateinisches Amerika	160 267 375 "
Asien	9 000 000 "
Neutrale europäische Staaten	35 000 000 "
	2 605 867 253 \$

Hieron sind 229 271 375 \$ zurückgezahlt, so daß 237 659 878 \$ noch ausstehen.

Die nicht in Anleiheform gewährten Darlehen amerikanischer Bankiers an den Londoner Markt wurden damals auf 100 Mill. \$ geschätzt. Nach einer Meldung der Morning Post soll am 20. Juni ein von nordamerikanischen Banken vor einem Jahr an eine Londoner Bankgruppe gewährter Kredit in Höhe von 10 Mill. £ zurückgezahlt werden.

Die Tatsache, daß eine 1/2 Mill. £-Anleihe der Stadt Rio de Janeiro in New York, wenn auch nach sehr langen Verhandlungen, zustande gekommen ist, ermutigt die Städte Sao Paulo und Vello Horizonte, ähnliche Verhandlungen einzuleiten.

In welchem Maß das Kapital der Vereinigten Staaten auf Kosten Englands in Kanada vordringt, zeigt folgende Aufstellung über die kanadischen Emissionen in den Jahren 1913 und 1916:

	in Kanada	in den Ver. Staat.	in England
1913	12,1 %	13,65 %	74,25 %
1916	33,6 %	64,9 %	1,5 %

Von 316 Mill. \$ kanadischer Bonds sollen die Vereinigten Staaten 205 Mill. \$ übernommen haben.

Von dem Rückfluß nordamerikanischer Wertpapiere aus den europäischen Ländern gibt eine holländische Privatstatistik über den europäischen Besitz an Stahltrakt-Aktien (common stock) folgendes Bild:

	Januar 1914	Dezember 1916
England ..	78 851 200	19 225 000
Holland ..	35 694 500	23 436 500
Frankreich	6 894 800	3 432 000
Deutschland	263 300	62 800
Andere ..	1 408 000	939 900
Summa	127 424 700	50 262 400

Nach der jetzt bis Ende Januar 1917 fortgeführten Statistik des Präsidenten der Delaware & Hudson-Eisenbahn, E. F. Lorie, waren an amerikanischen Eisenbahnwerten im Ausland untergebracht:

	Nominalwert	Marktwert
31. Januar 1915	2 704 402 364	?
31. Juli 1915 ...	2 223 510 229	1 751 437 913
31. Juli 1916 ...	1 415 628 563	1 110 099 090
31. Januar 1917	1 185 811 486	924 542 649

Die Zusammensetzung dieser Summen nach Wertpapierarten geht aus folgender Aufstellung hervor:

	Januar 1915	Januar 1917
Preferred Stock	204 394 400	91 006 300
2nd Preferred Stock	5 558 150	4 645 100
Common Stock	573 880 393	285 729 919
Notes	58 254 390	8 475 650
Debtenture Bonds	187 508 310	56 752 080
Collateral Trust Bonds	282 418 415	57 776 380
Mortgage Bonds	1 371 156 851	672 969 224
Equipment Trust Bonds	20 233 455	7 449 833
Car Trusts	29 000	49 000
Receivers Certificates	958 000	958 000

Die Angaben, auf die sich die Statistik stützt, stammen von 144 Eisenbahngesellschaften. Nach ihr wären im ersten Halbjahr 1915 480 892 135 \$, gleich 17,78 % zurückgeströmt, im ganzen Jahr August 1915 — Juli 1916 807 881 666 \$, gleich 36,33 %, im Halbjahr August 1916 — Januar 1917 229 817 076 \$, gleich 16,23 %. Der Gesamtzufluß würde sich demnach auf 1 518 519 767 \$, gleich 56,15 % stellen.

Wertpapiere, die nicht auf Dollar, sondern auf Pfund oder Franken lauten, sind in die Statistik nicht aufgenommen. Der Gesamtbetrag der zurückgekauften Eisenbahnwerte dürfte also etwas zu niedrig angegeben sein.

Mit einer fast komisch anmutenden Angilichkeit beobachtet man in Washington trotz des riesenhaften Goldvorrats der Union die Goldausfuhr nach Japan. Seit Anfang Januar sollen dorthin 35 Mill. \$ ausgeführt sein. Für die nächsten drei Monate sei ein japanischer Goldbedarf von weiteren 50 Mill. \$ angekündigt. Man hat anscheinend versucht, Japan zu überreden, statt des Goldes amerikanische oder englische Wertpapiere zu nehmen. Daß diese Verhandlungen nicht den amerikanischen Wünschen entsprechend fortschreiten, zeigen spätere Meldungen, nach denen das Schatzamt ein Verbot privater telegraphischer Geldüberweisungen von New York nach San Francisco erlassen hat, um den Goldexport nach Japan zu erschweren, und, wie es heißt, die Goldausfuhr nach Japan unter seine Kontrolle gestellt hat. Der amerikanische Gold-Nettoexport im Mai wird mit 33 Mill. \$ angegeben, der Goldbestand des Landes auf 3088,7 Mill. \$.

Der Privatdiskont wird unverändert mit $4\frac{3}{4}$ % angegeben. Tagesgeld war am 9. Juni mit 4 %, Wochengeld mit $4\frac{1}{2}$ % zu haben. Der Konjunkturs, der noch am 1. d. M. auf $55\frac{5}{8}$ gehalten wurde, war schon am 8. auf 55 angelangt. Die 5proz. Kriegsanleihe wird auf $94\frac{7}{16}$ gehalten. Auch der New Yorker und der Stockholmer Kurs ist unverändert. Dagegen ist der Preis für 1 £ von Ende Mai bis 8. Juni in Kopenhagen von 16.55 auf 16.45, in Amsterdam von 16.58 auf 11.5375, in Zürich von 24.05 auf 23.90 gefallen.

In England hat das Schatzamt am 8. Mai eine vierte Liste beschlagnahmter Auslandswerte veröffentlicht, von der ein Teil der City glaubt, daß sie die letzte bleiben wird. Sie umfaßt ungefähr den Rest der Papiere, deren Erträgnisse bisher dem Einkommensteuer-Estrafzuschlag von 2 s auf das £ unterlagen. Einige Tage später wurde bekannt gegeben, daß die Bestimmungen über das „Ausleihen“ der Wertpapiere an das Schatzamt nunmehr außer Kraft gesetzt würden, ausgenommen für die 60 Effekten, die dem Estrafzuschlag unterliegen, aber nicht in die Enteignungs-Liste aufgenommen sind. Die Einrichtung des „Ausleihens“ oder Hinterlegens von Wertpapieren war seit Mai 1916 in Übung. Die Beschlagnahme begann am 26. Mai 1917. Die City gibt zu, daß der neue Apparat ziemlich glatt gearbeitet hat.

Die Staatsausgaben betragen in der Woche bis zum 26. Mai 40 344 500 £ (in der Vorwoche 34 820 300 £), davon 1 992 500 £ (700 600) für den Kriegsanleihe-Zinsendienst;

18,5 Mill. £ (22,7 Mill.) waren für Rückzahlung von Schatzwechseln und 12 Mill. £ (7,2 Mill.) von Vorschüssen aufzuwenden. Von der Ausgabe von 40,3 Mill. £ waren $6\frac{1}{4}$ Mill. £ (9 Mill.) durch fiskalische Einnahmen gedeckt. Anleiheoperationen erbrachten $36\frac{1}{2}$ Mill. £ (25 Mill.). Der Betrag der ausstehenden Schatzwechsel belief sich am Ende der Fiskalwoche auf 562 Mill. £, der der Exchequer Bonds auf 29,3 Mill. £, der der War Saving Certificates auf 700 000 £. Das Schatzamts Guthaben war von $2\frac{1}{2}$ Mill. £ auf 24,8 Mill. £ (gegen 27,5 im Vorjahr) gestiegen.

Die letzten Einzahlungen auf die dritte Kriegsanleihe sind Ende Mai geleistet, und man hält, nicht ohne einige Besorgnis, nach neuen Mitteln Ausschau, um die neugebildeten Kapitalien dem Schatzamt in Form von langfristigeren Anleihen zuzuführen, als es Schatzwechsel sind. Die Verkäufe der Exchequer Bonds und War Saving Certificates waren in den letzten Wochen enttäuschend niedrig: seit Anfang April 29 323 000 £ und 6 400 000 £, zusammen also weniger als $4\frac{1}{2}$ Mill. £ im Wochendurchschnitt. In dieser Zeit sind an Einzahlungen auf die Kriegsanleihe eingegangen 117 Mill. £, an Steuern 67,8 Mill. £. Im Vorjahr hatten die Steuereingänge in den gleichen 56 Tagen nur 38,5 Mill. £ betragen, und so weisen die konservativeren Kreise wohl nicht mit Unrecht darauf hin, daß bei einer so viel größeren Anspannung, vor allem der Einkommens- und Kriegsgewinnsteuer nicht gut größere Anleihe-Leistungen verlangt werden können.

Schon die letzte Anleihe-Einzahlung scheint einige Schwierigkeiten verursacht zu haben. Am 29. und 30. Mai zeigte der Londoner Geldmarkt Zeichen von Versteifung. Tägliches Geld war nur zu $4\frac{1}{2}$ % zu haben. Die privaten Guthaben bei der Bank von England verminderten sich, nach dem Ausweis vom 30. Mai, um 12 Mill. £. Die Regierungsguthaben nahmen um 10,3 Mill. £ zu. In der gleichen Vorjahrswche hatten die gesamten Guthaben um 40 Mill. £ zugenommen.

Raum war die Klemme infolge großer Zahlungen des Schatzamts behoben, als eine gefährliche Geldflüssigkeit, infolge der Zinszahlung auf die Kriegsanleihe am 1. Juni, zu drohen schien. Diese Gefahr wurde allerdings nicht akut, da das Schatzamt den Banken $4\frac{1}{2}$ % vergütete. Nach dem Ausweis der Bank von England vom 7. Juni ist das Guthaben des Staatsschatzes um 9,4 Mill. £ zurückgegangen, während die privaten Guthaben nur um 1,3 Mill. £ vermehrt sind.

Bei der Begebung von 40 Mill. £ Schatzwechseln am 5. Juni mußte das Schatzamt den Käufern größere Zugeständnisse machen als in der Vorwoche. Der Minimalfuß, zu dem 96 % der Dreimonatspapiere zugeteilt wurden, betrug £ 98.15/91 $\frac{1}{2}$, gegen £ 98.15/11 $\frac{1}{2}$ in der Vorwoche. Für die nächste Begebung sind nur 25 Mill. £ angekündigt. Wie das Schatzamt die Bedürfnisse der Fiskalwoche damit decken kann, bleibt dem Markt einstweilen ein Rätsel.

Der Betrag der Schatzamtsnoten war am 30. Mai um 2 Mill. £ auf 159,1 Mill. £ gestiegen.

Seit dem Beginn des Fiskaljahrs betragen die Gesamtausgaben 368 299 701 £, das fiskalische Einkommen 72 488 935 £, die Anleiheaufnahme 294 170 710 £.

Die Vorschüsse Englands an Verbündete und Kolonien betragen nach einer Aufstellung des Statist:

	an Verbündete	an Kolonien	Summe
1914/15	18	44	62
1915/16	270	54	324
1916/17	540	54	594
	828	152	980
1. 4. — 5. 5. 17..	64	4	68
Insgesamt	892	156	1048

Von den bis Ende März 1917 gewährten 980 Mill. £ Anleihen entfallen 62 Mill. auf gestundete Zinsen und Verrechnungen.

Der Bericht des Public Trustee für das Jahr 1916/17 gibt die Summe des von ihm verwalteten feindlichen Vermögens auf 14 Mill. £ an, einschließlich 2 Mill. £, die ihm vom Handelsamt aus dem Erlös liquidierter Unternehmungen überwiesen sind. Man erklärt, daß es sich leider noch immer nicht übersehen lasse, ob die deutschen oder die englischen Forderungen ans feindliche Ausland größer sind.

Der Durchschnittssatz für Sagesdarlehen stieg von 2 1/2 % (Ende Mai) auf 4 1/2 % (11. Juni). Der Kurs der U. S. Bonds wuchs von 105 auf 104 3/4. In Kopenhagen sank der Preis für 1 \$ von 3,50 auf 3,49, in Amsterdam von 242,75 auf 242,25, in Zürich von 5,05 auf 5,02, während er in Stockholm unverändert blieb.

* * *

An der Pariser Börse war Anfang Juni eine panikartige Entwertung der Russenwerte im Gange, die nur durch Stützungskäufe der interessierten Bank syndikate eingedämmt wurde. Den Anlaß sollen die konfiskatorischen Kriegsgewinnsteuer-Projekte der russischen Regierung gebildet haben. Es ist jedoch zu vermuten, daß noch ganz andere Befürchtungen im Spiel waren. Vielleicht beginnt den französischen Kapitalisten deutlich zu werden, welches wirtschaftliche Risiko die in Rußland angelegten Milliarden bedeuten.

Die Bank von Frankreich weist am 7. Juni eine Vergrößerung ihres Notenumlaufs um 200 Mill. Frs. auf. Der Goldbestand ist um 5 Mill. erhöht, das Auslandsguthaben um 7 Mill. Die Vorschüsse an den Staat haben sich um 100 Mill. vermehrt. Trotzdem ist das Staatsguthaben um 52 Mill. niedriger als in der Vorwoche. Der Posten Vorschüsse an Verbündete ist um 45 Mill., der Posten Vorschüsse an Private um 11 Mill. vergrößert.

Da die Vorschüsse der Bank an den Staat schon Mitte Mai 10 Milliarden betragen, und über 13 Milliarden Schatzscheine der Konsolidierung harren, hat sich eine lebhaftere Diskussion über Notwendigkeit und Typus einer neuen französischen Kriegsanleihe entsponnen. Fast niemand befürwortet einen 6proz. Typ, der doch allein den bestehenden Verhältnissen angemessen wäre. Wahrscheinlich fürchtet man, seiner Würde zu viel zu vergeben, wenn man einen höheren Zinsfuß bewilligt als Deutschland, und zugleich das Vertrauen des Sparerers zu erschüttern, der gewohnt ist, mit einer so hohen Verzinsung den Begriff eines sehr großen Risikos zu verbinden. Einige Sachverständige empfehlen eine 4proz. Anleihe, aufgelegt zu 80 % rückzahlbar mit 120 %, einige setzen sich für eine Prämienanleihe ein, andere predigen die Rückkehr zu dem 3proz. Typus, mit einem Ausgabefurs von 60 Frs. Diese glauben versprechen zu können, daß sich der Kurs eines solchen Papiers in wenig Jahren auf den Paristand heben und den Zeichnern also einen Gewinn von 40 % abwerfen werde. . . . Man hat anscheinend hier und dort in Paris den Sinn für das Mögliche auch in finanziellen Dingen verloren.

Eine sehr nüchterne Rechnung hat der Abgeordnete Dumesnil in seinem Bericht über das neue Einkommensteuerprojekt aufgestellt. Er nimmt, um das Nachkriegs-Budget zu schätzen, die ordentlichen Friedens-Ausgaben, einschließlich der Verzinsung der alten Staatsschuld von 33 Milliarden Frs. mit 5,5 Milliarden an. Dazu kommen:

	Mill. Frs.
Zinsen der Kriegsanleihen	2600
Zinsen einer Retablierungsanleihe von 20 Milliarden	1000
Pensionen	1500
Zinsen von 10 Milliarden Kriegsschäden-Erlaß	500
Sozialpolitische Ausgaben	500
	6100

Insgesamt werden also 11,6 Milliarden Frs. jährlich aufzubringen sein. Mit jedem weiteren Monat des Krieges steigt, da die monatliche Kriegsausgaben 3 Milliarden betragen, die Zinsenlast um etwa 125 Mill. Frs. Dauert der Krieg nur noch den Sommer hindurch, so wird das künftige Budget die Hälfte der 35 Milliarden erfordern, auf die die Summe der französischen Einkommen vor dem Kriege geschätzt wurde.

Der Finanzminister schätzt die gesamte Kriegsausgabe bis Ende September auf 91 Milliarden Frs. Dazu kommen noch 4 Milliarden Frs. Anleihen, die Frankreich an Verbündete gewährt hat. Die schwebende Schuld Frankreichs an England wird mit 3 Milliarden Frs., die an die Vereinigten Staaten mit 7 Milliarden angegeben. Allein vom 31. Januar bis 30. April hat sich die französische Auslandsschuld um 2 1/2 Milliarden erhöht.

Während der Monate Februar bis April hat sich die innere Staatsschuld um 7,2 Milliarden vermehrt; davon entfallen 4,2 Milliarden auf kurzfristige Anleihen, 3 Milliarden auf schwebende Schulden. An Schatzwechselln wurden in den ersten vier Monaten des Jahres 3 814 Mill. Frs. abgesetzt.

Die Steuern und inneren Abgaben erbrachten in diesen vier Monaten 1 595 Mill. und übertrafen damit die des Vorjahres um 441 Mill. Frs. Die Hälfte dieser Vermehrung entfällt „unglücklicherweise“ wie die französische Presse bemerkt, auf — Zolleinnahmen.

Für das dritte Trimester 1917 wird ein Kredit von 9 843 Mill. Frs. angefordert, gegen das zweite Trimester ein Mehr von 219 Mill. Die Entwicklung der Kriegsausgaben wird aus folgender Zusammenstellung ersichtlich (in Mill. Frs.):

Monatsdurchschnitt	
1914	1 340
1915	1 900
1916	2 720
1917	
1. Trimester	2 963
2. Trimester	3 426
3. Trimester	3 281

Da trotz der Verringerung der Ausgaben gegen das zweite Trimester ein höherer Kredit angefordert wird, muß man annehmen, daß der Finanzminister an eine Abnahme der ordentlichen Einnahmen glaubt. Einfuhrbeschränkungen und U-Bootkrieg werden den Ertrag der Zolleinnahmen, der im April 126,4 Mill. betrug, gegen 63,9 Mill. in normalen Zeiten, voraussichtlich sehr erheblich verringern. Der Ausschuß der Kammer hat übrigens die Kreditforderung auf 9 Milliarden ermäßigt.

Für einen Dollar mußten am 11. Juni 5,7325 Frs. ausgedendet werden (gegen 5,72 Frs. Ende Mai). In Zürich ging der Preis für 100 Frs. von 88,35 auf 87,75 zurück, in Amsterdam von 42,60 auf 42,37 1/2.

*

Die Kriegskosten Italiens bis Ende März 1917 werden mit 18 197 Mill. Lire angegeben, die Staatsschuld mit 25 Milliarden (ohne die vier Milliarden der letzten Anleihe). Die schwebende Schuld betrug Ende April 8128 Mill., gegen 7594 Mill. vor einem Jahr und 1170 Mill. vor zwei Jahren. Die ordentlichen Einnahmen stellten sich im April auf 396 Mill., gegen 315 Mill. im Vorjahr, die Einnahmen von Juli 1916 bis April 1917 auf 2897 Mill., gegen 2311 Mill. i. V. Die Ausgaben wuchsen indessen von 833 auf 1202 und von 7408 auf 11 816 Mill. Frs. Die Gesamteinnahme für das am 31. 3. abschließende Rechnungsjahr wird mit 2334 Mill. ausgewiesen (gegen 1833 und 1441 Mill. in den Vorjahren).

*

Der japanische Geldmarkt blieb im Mai sehr flüssig. Tägliches Geld war Mitte des Monats zu 1,4 — 1,8 % p. a.,

Ende des Monats zu 4,7 % zu haben. Der Mindestsatz für Seidenhandelskredite betrug 5,1 %. Die Einzahlung auf die Eisenbahn-Anleihe der Regierung hatte keinen Einfluß auf den Markt, der sich im übrigen gegen langfristige Anlagen sehr zurückhaltend zeigte.

Die Börse war leblos, der Seidenhandel ebenfalls. Als Ursache werden die Verschiffungsschwierigkeiten und die allgemeine Ungewißheit der nächsten Zukunft angegeben. Die Kredite der Bank von Japan belaufen sich am Monatsende auf 13 Mill. Yen.

Die japanische Einfuhr betrug im Mai 75 Mill. Yen (im Vorjahr 71 Mill.), die Ausfuhr 143 Mill. (i. V. 88). Der Ausfuhrüberschuß hat sich also von 17 auf 68 Mill. Yen erhöht.

*

Die russische Staatsbank hatte Ende Mai 9408 Mill. Rbl. direkter und indirekter Staatskredite ausgewiesen. Nach dem ersten Juni-Ausweis ist eine weitere Zunahme von 40 Mill. Rbl. zu verzeichnen. Der Posten „Freiheitsanleihe“, den die Bank übernehmen mußte, ist allerdings um 88 Mill. reduziert. Die Lombardierungen haben dagegen um 52 Mill. zugenommen. Der Notenumlauf, der schon Ende Mai 11 765 Mill. betrug, hat sich weiter um 124 Mill. erhöht.

Angeblich wird die Ausgabe einer Zwangsanleihe von 10 Milliarden Rbl. in Erwägung gezogen. An dem Mißerfolg der russischen Freiheitsanleihe kann also nicht mehr gezweifelt werden.

Die russische Staatsschuld, die bei Beginn des Krieges 9 Milliarden betrug, ist jetzt auf fast 40 Milliarden gestiegen. Da die täglichen Kriegskosten beinahe 54 Mill. Rubel erreichen, rechnet man bis Januar 1918 mit einer weiteren Zunahme von

15 Milliarden. Die äußere Schuld betrug vor dem Krieg etwa 4 Milliarden. Während des Krieges ist sie um etwa 7 Milliarden gestiegen; auf englische Kredite entfallen davon 5,8 Milliarden, auf französische 1 Milliarde. Die Entente-Freunde spielen diese Auslandsverschuldung von 11 Milliarden gegen den Gedanken eines Sonderfriedens mit den Mittelmächten aus. Nur ein für die Sache der Entente kämpfendes Rußland würde von seinen Gläubigern mit der Schonung behandelt werden, die der Zustand seiner Finanzen erfordert . . .

Aus New York wird dem „Economist“ (2. Juni) gekabelt: The Russian Situation is not liked here . . .

*

Die Stadt Antwerpen beabsichtigt, bei einem Konsortium belgischer und deutscher Banken eine 5proz. Anleihe von 75 Mill. Frs., zu Pari rückzahlbar vom Jahre 1922 an, innerhalb vierzig Jahren, aufzunehmen. Von dem Betrag werden 20 Mill. Frs. zu 97 $\frac{3}{4}$ % fest übernommen, mit der Verpflichtung, die Stücke dem Publikum nicht unter Pari anzubieten. Der Rest ist spätestens fünfzehn Tage nach Friedensschluß optionsweise zu übernehmen.

Die neue schweizerische Mobilisationsanleihe soll im Betrage von 100 Mill. Frs. per 4 $\frac{1}{2}$ %, rückzahlbar frühestens 1926, spätestens 1937, ausgegeben werden. Der Ausgabepreis beträgt 96 %, die Bankier-Kommission 1 $\frac{1}{4}$ %. Die letzte Mobilisationsanleihe hat einen um 1 % geringeren Zinsaufwand erfordert.

Die Einnahmen des spanischen Fiskus in den ersten vier Monaten des Jahres 1917 betragen 385,5 Mill. Pesetas, gegen 359,2 Mill. Pesetas im Vorjahr. — Der Goldbestand der Bank von Spanien, der bei Kriegsausbruch 970 Mill. Pesetas betrug, ist am 5. Juni auf 1535 Mill. gestiegen. Dr. Singer

Die wirtschaftliche Lage Abessinien

Wenig genug verlautete bisher von Abessinien und doch ist dies Land eines der wichtigsten Zukunftsgebiete von ganz Afrika, an dessen weiterer Entwicklung auch der deutsche Handel und die deutsche Industrie ein größeres Interesse nehmen sollten als ehemals. Leider sind wir bei der Beurteilung der bisherigen wirtschaftlichen Leistungen dieses rund die doppelte Größe Deutschlands umfassenden Reiches mit seinen auf nicht ganz 10 Mill. geschätzten Einwohnern völlig auf die Ein- und Ausfuhrstatistik der umliegenden Kolonien, namentlich des französischen Somalilandes und des britischen Sudan, aber auch der Erythräa und des britischen Somalilandes angewiesen, die zudem infolge des Krieges hier in viel höherem Grade versagen als in den nicht vorwiegend auf den Durchgangshandel angewiesenen überseeischen Besitzungen der Ententeländer. Zu alledem kommt schließlich noch, daß

Die politische Lage

Abessinien in letzter Zeit zu für die Wirtschaft recht ungünstigen Zuständen geführt hat. Das ändert zwar nichts an der Bedeutung des alten äthiopischen Reichs, hat aber ganz entschieden zu einer Hemmung der Fortschritte beigetragen, deren Ansätze während der Regierung des bekannten Negus Menelik zu erkennen waren. Kann es doch heute kaum mehr als das wirklich neutrale Gebiet des Weltteils gelten, als das es bislang neben Liberia noch in der sich alle paar Monate verkleinernden Liste der unparteiischen Staaten geführt wurde. Das alte Erbübel dieses Landes, innere Unruhen und Zwistigkeiten, haben offenbar unter sehr tätiger Mitwirkung der drei an Abessinien besonders interessierten Mächte, im Herbst 1916 zum Sturze Idbi Jassu's, des Nachfolgers Meneliks, geführt, und am 27. Oktober

vorigen Jahres teilte der Abuna Matthäus in feierlicher Versammlung den Großen des Landes die Ernennung eines neuen Thronfolgers mit.

Mit diesen Vorgängen im Zusammenhang steht jedenfalls die immer dringendere Forderung italienischer Kreise nach einer Erweiterung ihres Anteiles an Abessinien, die sich bis zu dem Wunsche eines späteren Erwerbes selbst der französischen und britischen Somalidgebiete versteigt. Diesem Verlangen liegt allerdings eine wirtschaftlich durchaus richtige Einschätzung des Wertes der Erythräa zu grunde, die in den Äußerungen eines soeben erschienenen Buches von S. Acquaviva, „L'aventure coloniale d'Italia e la guerra“ ihren Ausdruck findet. Der Verfasser betont nicht nur die völlige Minderwertigkeit der Erythräa im Vergleich mit den englischen und französischen Zugangsgebieten, sondern er erklärt die Frage der Entwicklung der italienischen Besitzungen überhaupt für unlösbar, wenn nicht die 1906 abgeschlossenen Verträge der drei Mächte zuvor einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Zu diesen Sorgen, die den Keim späterer Zerwürfnisse zwischen den jetzigen Bundesgenossen in sich tragen, kommen auch solche äußerer Art. Als Folge des Krieges machten sich auch im Westen Unruhen bemerkbar. Englische Berichte vom Anfang 1916 sprachen von unbefriedigenden Zuständen auch im Grenzgebiet zwischen Abessinien und dem Sudan. Hier hatte bekanntlich Ende 1915 der britische Generalgouverneur in Kartum sich genötigt gesehen, über den ihm unterstellten Teil des Landes den Belagerungszustand zu verhängen. Der Waffen- und Munitionsmuggel bildete eine ernste Gefahr, und ein Bericht der „Dép. col.“ v. 30. Dez. 16 betont, daß das Kerngebiet der offen als Aufstand bezeichneten Wirren an der Subangrenze